



Schule Marschweg

Marschweg 10

22559 Hamburg

Tel: 040-688 77 23-0

Fax: 040-688 77 23-22

23. Mai 2010

Stellungnahme des Elternrats zur geplanten Schulreform

Mehrfach hat der Elternrat der Grundschule Marschweg seine erheblichen Bedenken und Sorgen in Bezug auf die vom Senat geplante Schulreform formuliert.

Weder von Herrn von Beust, dem wir zwei Briefe mit Kopie an Frau Goetsch geschrieben hatten, noch in einer ausführlicher Diskussion mit der zuständigen Schulrätin Frau Goebel-Haertl und Herrn Altenburg-Hack von der Schulbehörde haben wir konkrete oder in irgendeiner Weise befriedigende Antworten auf unsere Fragen und Sorgen erhalten.

Nachdem sich alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien auf die Einführung einer sechsjährigen Primarschule in Hamburg und auf ein neues Schulgesetz geeinigt haben, fassen wir nachstehend noch einmal unsere Stellungnahme zusammen.

Der Elternrat lehnt die flächendeckende Einführung der 6-jährigen Primarschule und damit die Abschaffung der 5. und 6. Klassen an den weiterführenden Schulen sowie die Einführung eines Elternwahlrechts nach Klasse 6 und damit die Abschaffung des Elternwahlrechts nach Klasse 4 nach wie vor mehrheitlich ab.

Begründung:

- Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis dafür, dass längeres gemeinsames Lernen nach dem 10. Lebensjahr Lernerfolge verbessert oder soziale Gerechtigkeit fördert.
- Die geplante Schulreform ist in vielen Bereichen nicht durchdacht und schlecht vorbereitet. Dies zeigt sich beispielhaft am geplanten 90-Punkte-Beurteilungssystem, das ohne einleuchtende Begründung übereilt eingeführt werden sollte und jetzt (zunächst) wieder zurückgestellt wird. Es zeigt sich auch in der im Schulentwicklungsplan der Schulbehörde beschlossenen Einrichtung einer Stadteilschule in Rissen, die nunmehr nicht eingerichtet werden soll.
- Die Kosten der Schulreform sind immer noch nicht ermittelt bzw. konkret bekannt gegeben worden. Allein die Kosten der für die flächendeckende Einführung der 6-jährigen Primarschule notwendigen Zu- und Umbauten werden auf mehrere bis viele hundert Mio. Euro geschätzt.
- Mit der geplanten Schulreform findet das eigentliche Problem der bildungsfernen Bürgerhaushalte und der Migrantenfamilien in unserem Schulsystem keine ausreichende Beachtung. Es erfolgt kaum eine hinreichende frühkindliche Förderung der 3-bis 6-Jährigen (Sprache, soziale Integration, Erlernen sozialer Verhaltenweisen und -strukturen). Stattdessen werden die monatlichen Gebühren für Kindertagesstätten erhöht und es sollen später die erfolgreichen Vorschulen gestrichen werden.

- Wenn in den Jahrgängen 5 und 6 der Primarschule – wie offensichtlich geplant - nur 50% der Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch und 2. Fremdsprache sowie in den Naturwissenschaften von Lehrkräften mit höherer Qualifikation (Sek II-Lehrbefähigung) unterrichtet werden, ist davon auszugehen, dass ein deutlicher Qualitätsverlust in der Hinführung zum Abitur entstehen wird.
- Es ist außerdem zu befürchten, dass weiterführende Schulen mit altsprachlicher, bilingualer, naturwissenschaftlicher oder musischer Prägung ihre attraktiven Angebote nach der Schulreform nicht mehr in gleicher Weise aufrechterhalten können. Die zukünftigen Primarschulen in Rissen können die jetzige Unterrichtsbreite und Angebotsvielfalt der bisherigen weiterführenden Schulen mangels adäquater Profile nicht gewährleisten.
- Wir befürchten ferner, dass durch das „Pendeln“ von Lehrkräften zwischen den Primar- und Stadtteilschulen bzw. Gymnasien viel wertvolle Lehrkraftarbeitszeit, das „Zugehörigkeitsgefühl“ zu einer Schule sowie die persönliche Zufriedenheit der Lehrkräfte verloren gehen werden.
- Der Druck auf die Schülerinnen und Schüler, die Allgemeine Hochschulreife zu erreichen, wird sich weiter erhöhen, da den weiterführenden Schulen nur noch sechs bzw. sieben Jahre verbleiben, um den erforderlichen Wissensstand zu vermitteln. Die 7. Klasse wird zudem für einen individuellen Lernzuwachs verloren gehen, da sich die Schülerinnen und Schüler mitten in der Pubertätsphase sozial neu „ordnen“ und „finden“ müssen und im Gymnasium im „Probejahr“ sind. Dieser Stress wird noch dadurch erhöht, dass ein „Sitzenbleiben“ nicht mehr vorgesehen ist und eine „Querversetzung“ zwischen den weiterführenden Schulen ausgeschlossen wird.

Grundsätzlich befürwortet der Elternrat der Grundschule Marschweg die Reformen im Hamburger Schulsystem, wie sie von der von der Bürgerschaft eingesetzten Enquetekommission empfohlen wurden.

Mit großer Sorge haben wir jedoch die bisherigen Abläufe und Planungen für die vom Senat beschlossene Schulreform verfolgt. Wir hätten uns eine Reform und damit ein Schulsystem gewünscht, das von einer breiten Elternschaft getragen wird. Wir sind enttäuscht über die Haltung des Senats, der die Primarschule ohne ergebnisoffene Evaluation flächendeckend und verpflichtend für alle einführen will. Dies kommt einem gesamthamburgischen Schulversuch für viele Schülergenerationen gleich, bei dem sowohl der qualitative Ausgang völlig ungewiss ist als auch die Kosten immer noch unbekannt sind.

Wir können daher diese übereilte, schlecht vorbereitete, offensichtlich nur nach Legislaturperiode geplante Schulreform nicht akzeptieren.

Der Elternrat wird daher den Volksentscheid der Volksinitiative „Wir wollen lernen“ am 18. Juli 2010 unterstützen.

Der Elternrat der Grundschule Marschweg

Maarten Henderson
Elternratsvorsitzender

Maike Blanchard
Stellvertretende Elternratsvorsitzende